



Die Beschäftigungssituation auf dem Bau hat sich gebessert - doch wieviele Arbeitnehmer sind wieder dauerhaft in Lohn und Arbeit?

FOTO: DPA

# Weniger Arbeitslose - mehr Zeitarbeiter

## Der Konjunkturaufschwung bringt Entspannung auf dem Arbeitsmarkt, aber zu welchem Preis?

Seit die Konjunktur floriert, sinkt die Zahl der arbeitslos Gemeldeten. Ernüchternd: Ein erheblicher Teil des Beschäftigungszuwachses geht auf das Konto der Zeitarbeit. Schon machen die Gewerkschaften mobil. Wie hilfreich ist Zeitarbeit in der gegenwärtigen Wirtschaftslage? Hierüber sprach unser Redakteur Reinhard Wirtz mit Helga Ziegert, der Regionsvorsitzenden des DGB Bremen/Bremerhaven, und mit Bettina Schiller, Landesbeauftragte in Bremen für den Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen e.V. (IGZ).

**Frage:** Wir haben zunehmend mehr Beschäftigte auf dem Arbeitsmarkt, allerdings auch immer mehr Zeitarbeiter. Ein Dorn im Auge der Gewerkschaften? **Helga Ziegert:** Grundsätzlich muss Leiharbeit in den Betrieben immer eine absolute Ausnahme bleiben. Und wenn wir jetzt sehen, dass die Zeitarbeitsbranche diejenige ist, die in der letzten Zeit am meisten wächst, dann meinen wir, dass dieser Entwicklung Einhalt geboten werden muss.

**Sie haben doch Tarifverträge mit den Zeitarbeitsunternehmen abgeschlossen, warum wollen Sie Ihre Tarifpartner jetzt bekämpfen?**

**Ziegert:** Wir sind im Prinzip eher gegen Zeitarbeit. Aber wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass es Zeitarbeit im wachsenden Maße gibt. Deshalb haben wir uns ja auch entschlossen, Zeitarbeit zu regeln. **Bettina Schiller:** Wir vernichten keine Arbeitsplätze, sondern tragen dazu bei, sie zu erhalten. Wir geben den Unternehmen die Flexibilität, die Arbeitsmarktgesetze nicht geben.

**Die Gewerkschaften werfen Ihnen Lohndumping vor.**

**Schiller:** Wenn über Lohndumping gesprochen wird, dann immer in Verbindung mit der Zeitarbeit. Wir wissen, dass sieben Millionen Menschen in Deutschland im Niedriglohnbereich arbeiten, aber nur 500.000 als Zeitarbeitsnehmer beschäftigt sind, von denen nicht alle im Niedriglohnbereich arbeiten. Es gibt einen Niedriglohnsektor und Dumpinglöhne, aber wir Zeitarbeitsunternehmen sind nicht dafür verantwortlich. Das sind Branchen wie das Reinigungs- und Bewachungsgewerbe, Gartenbau, bestimmte Handwerksbetriebe, Fleischverarbeitung. Wir haben Tarifverträge abgeschlossen, wir wollen keine Dumpinglöhne.

**Kritiker sagen, über Zeitarbeit ließen sich besonders einfach Sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in andersartige umwandeln.** **Schiller:** Das kommt immer wieder so in den Medien, ist aber falsch. Alle Mitarbeiter der Zeitarbeit sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Selbstverständlich haben wir als Unternehmer auch einen Kündigungsschutz einzuhalten.

**Ziegert:** Aber Sie haben gar kein Risiko, weil das Synchronisations- und das Wiederholungsverbot aufgehoben ist. Es war früher verboten, dass der Verleihzeitraum der gleiche ist wie derjenige, in der der Leiharbeitnehmer bei der entleihenden Firma beschäftigt ist. Das ist aufgehoben worden. Letzten Endes wird so der Kündigungsschutz bei der entleihenden Firma aufgehoben.

**Was also werfen Sie der Zeitarbeitsbranche konkret vor?**

**Ziegert:** Die Zunahme von Leiharbeit lässt in den Betrieben eine Zweiklassen-Gesellschaft entstehen, denn auch bei Einhaltung der Tarifverträge verdienen Zeitarbeitnehmer nur 50 bis 60 Prozent dessen, was reguläre Arbeitskräfte verdienen. Das IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, d.Red.) hat eine Studie gemacht über den Status von Arbeitnehmern vor und nach der Leiharbeit. Die meisten waren vorher arbeitslos und hinterher auch wieder. Es sind nach den letzten Erhebungen von 2003 nur etwas über 20 Prozent, die nach dem Leiharbeitsverhältnis beschäftigt sind. Der überwiegende Teil ist entweder anschließend arbeitslos oder wieder bei der Leiharbeit. **Schiller:** Immer wieder behaupten die Gewerkschaften, Leiharbeitnehmer seien schutzlos, ohne Kündigungsschutz, ohne

Perspektive, ohne Absicherung. Das hat nichts mit der Zeitarbeit zu tun, sondern mit unserer derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung. Jedes zweite Beschäftigungsverhältnis ist heute befristet. Selbst im öffentlichen Dienst ist das zunehmend normal. **Ziegert:** 29 Prozent sind atypische Verhältnisse, dazu zählen schon befristete und Leiharbeitsverhältnisse. Das heißt, 71 Prozent sind normale Arbeitsverhältnisse. Das sind die Zahlen der Hans-Böckler-Stiftung. **Schiller:** Da schöpfen wir offenbar aus verschiedenen Quellen.

**Frau Schiller, hilft Zeitarbeit, Probleme am Arbeitsmarkt zu beseitigen oder verschärft sie die Probleme noch?** **Schiller:** Zeitarbeit nimmt zu, wenn die Konjunktur ansteigt, so wie zurzeit. Dass ein Unternehmer bei anziehender Konjunktur sagt, ich warte erstmal ab, ob diese Entwicklung von Dauer ist, das gehört zum Risikomanagement eines Unternehmens. Es spricht ja nichts dagegen, sich dann aus der Zeitarbeit auch die eigenen Mitarbeiter zu generieren. In 30 Prozent der Fälle passiert das ja auch. Das ist besser als der Kleebeffekt bei den Personal-Service-Agenturen.

**Kleebeffekt heißt, sie bleiben im entleihenden Unternehmen...**

**Schiller:** Ja, oder in einem weiteren Unternehmen. Etwa 70 Prozent unserer Arbeitnehmer kommen aus der Arbeitslosigkeit,

FOTO: FRANK THOMAS KOCH



in meinem Unternehmen sind es fast 95 Prozent.

**Die Hans-Böckler-Stiftung als auch das IAB sagen, dass durch die Flexibilisierung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes zunehmend Menschen in kürzere Beschäftigungszeiten hineingeschleust werden.** **Ziegert:** Frau Schiller hat in dem Punkt Recht, dass rund 40 Prozent der jungen Leute heute nur noch in befristeten, untypischen Arbeitsverhältnissen eingestellt werden. Durch die Veränderungen im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz ist es zunehmend attraktiver für die Betriebe, Arbeitszeitflexibilisierung nicht mehr mit fest eingestellten Belegschaften über Arbeitszeitkonten oder ähnliche Regelungen zu bewerkstelligen, sondern mit Leiharbeitern. Das ist das Problem des Booms bei der Zeitarbeit. Zudem gibt es eine zunehmende Schmutzkonkurrenz durch Firmen, die keinen Tarifvertrag mit dem DGB abgeschlossen haben.

**Die Leiharbeiter kommen dann zum Betriebsrat und sagen, warum bekomme ich nur fünf oder sechs Euro, und derjenige, der neben mir am Band steht, bekommt 12 Euro.**

**Ziegert:** Das ist ein Riesensymbol in der täglichen Arbeit unserer Betriebsräte in vielen Betrieben hier in Bremen. Nach unserer Auffassung ist es notwendig, die weitgehende Lockerung bei der Arbeitnehmerüberlassung wieder ein Stück weit zurückzunehmen und das Entsendegesetz auf die

Leiharbeit auszuweiten, sonst haben wir hier spätestens ab 2009, wenn die EU-Dienstleistungsrichtlinie bei uns in Kraft tritt, wilde Zustände. Darin sind wir uns wahrscheinlich mit der seriösen Zeitarbeitsbranche einig. Hier müssen Mindestlöhne eingehalten werden. Und zu überlegen ist, ob die unbegrenzte Wiederholung des Einsatzes von Leiharbeitnehmern nicht wieder reguliert werden müsste. **Schiller:** Das wäre ein absoluter Rückschritt. Ich wünsche mir Unternehmen, die so vernünftige Löhne zahlen, dass die Menschen davon leben und ihre Miete zahlen können.

**Sie arbeiten aber auch mit nicht tarifgebundenen Unternehmen, oder?** **Schiller:** Ja selbstverständlich. **Ziegert:** Frau Schiller sagt, wir haben zwei Verbände, die den Tarifvertrag mit den Gewerkschaften abgeschlossen haben, nämlich den Bundesverband Zeitarbeit Personal-dienstleistungen e.V. (BZA) und den Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen e.V. (IGZ), und die stehen jetzt in Konkurrenz zu anderen Leiharbeitsfirmen, die diesen Dumpingtarifvertrag anwenden, und die dadurch natürlich Konkurrenzvorteile haben. Daher hat der IGZ auch ein Interesse daran, dass Mindestlöhne im Bereich der Leiharbeit gezahlt werden. Aber diejenige, die im Betrieb arbeiten, sehen Leiharbeit als Bedrohung an. Leiharbeit

Bettina Schiller

FOTO: FR



wird häufig von Unternehmen zum Lohndumping genutzt. Deshalb stellt sich die Frage, wie wir dem begegnen können. Der Konkurrenz auf dem Weltmarkt begegnen wir nicht durch immer weitere Lohnsenkungen. Wir wollen die Leiharbeit eindämmen.

**Schiller:** Das geht eben nicht. Wir haben unternehmerische Freiheit in Deutschland, die dem Unternehmer freigestellt, wie er seinen Betrieb führt. Je mehr wir reglementieren, desto mehr suchen die Unternehmen Schlupfwinkel, mit denen die Regeln umgangen werden können. **Ziegert:** Wir hatten ja bis 2003 eine stärkere Reglementierung. Sie selbst und Ihr Verband sagen ja auch, wir brauchen eine Reglementierung, was gesetzliche Mindestlöhne betrifft beziehungsweise was die Ausweitung des Entsendegesetzes betrifft... **Schiller:** Aber keine Reglementierung, was die Quote der Zeitarbeitnehmer in einem Betrieb angeht... **Ziegert:** Ich will keine Quotierung der Leiharbeit, aber ich will die Möglichkeit der Betriebe eingrenzen, durch unbegrenzte Wiederholung von Leiharbeitsverhältnissen die Stammbeslegschaften zu ersetzen.

**Der Unternehmer müsste dann fest einstellen...**

**Ziegert:** Ja, früher gab es nur die Möglichkeit der einmaligen Verlängerung, und danach - bis 2003 - das wäre uns natürlich auch Recht - gab es die Regelung, dass anschließend der im Betrieb übliche Lohn gezahlt werden muss.

**Schiller:** Das muss heute schon jedes Unternehmen, falls nicht einer der gültigen Beschäftigungstarifverträge angewendet wird. Wir hatten solche Gesetze schon mal, und sie haben nichts genutzt. Die Leute wurden abgezogen und ausgetauscht, bevor der volle Lohn hätte gezahlt werden müssen. Sie wurden deswegen doch nicht eingestellt.

**Ziegert:** Aber wir haben doch heute immer mehr Einstellungen von Leiharbeitern anstelle von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die dem normalen Kündigungsschutz unterliegen würden. Ich rede immer nur vom Unterlaufen des Kündigungsschutzes im Entleihbetrieb.

**Schiller:** Nach allen Statistiken sind nach einem Jahr nur noch 13 Prozent der Leiharbeitnehmer im selben Betrieb. Was die Gewerkschaften immer wieder behaupten, dass reguläre durch so genannte prekäre Arbeit verdrängt würde, stimmt einfach nicht. Sogar das IAB stellt fest, für die häufig formulierte Befürchtung, dass regulär Beschäftigte durch Leiharbeitnehmer ersetzt werden, gebe es keine empirische Evidenz. Bei 13 Prozent halte ich die Gefahr, dass reguläre Arbeitskräfte verdrängt werden, für nicht relevant. Auf der anderen Seite stehen die Einstellungsquoten und die Menschen, die aus der Arbeitslosigkeit geholt werden, das ist die Integrationsquote. Sie sagen, sie beträgt 20, ich sage sie beträgt 30 Prozent, bei mir im Unternehmen liegt sie sogar noch höher.

Ich könnte hier zahlreiche Menschen zitieren, die sagen, dank Leiharbeit bin ich wieder in den Job gekommen, übernommen worden oder habe eine neue Chance bekommen. Wir sind gemeinsam mit dem DGB gegen Niedriglohnbereiche in Deutschland, die auch uns ganz große Kopfschmerzen machen. Bereiche, in denen Einstiegsgehälter von zwei, drei, vier oder fünf Euro üblich sind.

**Es gibt ja verschiedene Tricks, mit denen man Stundenlöhne legal auf zwei Euro drücken kann.**

**Schiller:** Ja, zum Beispiel durch die Konstruktion eines Akkords.

**Oder mit Arbeitszeitkonten, bei denen Minusstunden angerechnet werden...** **Schiller:** Das geht nach IGZ-Tarifverträgen so einfach nicht.

**Aber das steht doch in Ihren Manteltarifverträgen.**

**Schiller:** Aber das darf nicht auf Initiative des Verleihers passieren. In anderen Tarifverträgen ist es allerdings in der Tat anders. **Ziegert:** Wir können Schmutzkonkurrenz nur eindämmen, indem wir verbindliche Regelungen schaffen. Wenn Sie sich einlassen auf die Konkurrenz nach unten, wird es Ihnen immer wieder passieren, dass Sie unterboten werden.

**Der DGB hat doch tarifliche Mindestlöhne mit den Zeitarbeitsfirmen vereinbart...**

**Ziegert:** Es geht darum, die gesetzlich festzulegen. Denn Betriebe, die nicht dem Tarifvertrag unterliegen, können ja darunter bleiben.

**Daran müssten die Zeitarbeitsfirmen auch ein Interesse haben.**

**Schiller:** Das haben wir auch. IGZ und BZA gehen gemeinsam mit dem DGB in Richtung gesetzlicher Mindestlohn. **Ziegert:** Ein tariflicher Mindestlohn ist mit BZA und IGZ und DGB festgelegt worden, das muss jetzt gesetzlich in das Entsendegesetz aufgenommen werden, und zwar gültig allgemein für Deutschland und nicht nur für IGZ und BZA, die sonst daraus einen Nachteil hätten. Dann könnten auch nicht diejenigen, die sagen, wir sind tarif frei, einfach ausweichen. Auch ausländische Anbieter könnten dann nicht mehr unterhalb dieser Grenzen zahlen.